

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 3.32. Jahrg.

17. Jan. 1919

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Adolf Dönnich, Berlin N 24, Eislaferstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluss: Montag, Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sittler, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonparellezelle oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Bellagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Die Sonne lacht . . .! Rundschau. Warum wilde Bergarbeiterstreiks? Revolution und Gewerkschaften. Eine Kundgebung der preußischen Regierung zu den Lohnbewegungen. Eine andere Lesart. — **Allgemeines:** Deutschlands Neuaufbau. Ortsberichte: Nürnberg. — **Die photomech. Fächer:** Bekanntmachung. — **Photographischer Mitarbeiter:** Der erste Kollektivabschluß im Photographiegewerbe. — **Feuilleton:** Vom Bücherfisch. — **Anzeigen.**

Die Sonne lacht — —!

Die Sonne lacht vom heiteren Himmel. Wir sind im Januar und doch, die Luft ist warm wie an einem Märzfrühlingstag. Aber dazu knattern Maschinengewehre, hin und wieder hört man das dumpfe Bersten von Handgranaten und Granaten aus Feldgeschützen. In den Berliner Straßen wälzen sich nach Hunderttausende zählende Menschenmassen, »Hoch Liebknecht« und »Nieder mit Ebert und Scheidemann«, und »Hoch Ebert-Scheidemann« und »Nieder mit Liebknecht« rufend. Dann Schüsse, angstvolles Schreien, entsetzensvolles Auseinanderstieben. Die Fabriken stehen fast durchweg still; mit Handgranaten und Maschinengewehren sind die Arbeiter zum großen Teil von den Spartakusgardien gezwungen worden, die Betriebe zu verlassen. Die Angstlichen gingen nach Haus, die Anderen suchten Anschluß an ihre Gesinnungsgenossen in den Straßen. Hier wogt es unübersehbar durcheinander, niemand wußte, wer Freund noch Feind. Statt bürokratischer, konservativer Zensur herrscht Spartakuszensur. Statt Verbot einer sozialistischen Zeitung hat Spartakus sämtliche größeren Zeitungen besetzt und am Erscheinen verhindert. Die einzigste Freiheit, die unter dem furchtbaren Terror geblieben ist, ist die »Freiheit« der Unabhängigen. Selbst die Zeitungen der anderen Städte bleiben aus. Berlin ist wie abgeschnitten von aller Welt.

Auch ein Teil unserer Kollegen ist durch diesen Terror an Arbeit und Verdienst behindert. In erster Linie die Kollegen der großen Zeitungsfirmen, wie Mosse, Ullstein, Lokalanzeiger. Selbst die Reichsdruckerei ist von Spartakisten besetzt gewesen. Aber damit nicht genug. Bahnhöfe wurden beschossen und besetzt. Die Eisenbahn stellte den Verkehr ein. Zum Überflus streikten just in dem Moment die Straßenbahner, sodaß auch fast der gesamte Straßenbahnverkehr still stand.

Um das Maß zum Überlaufen voll zu machen, droht noch ein Streik der in den Wasserwerken beschäftigten Arbeiter und der Arbeiter in den Gasanstalten. Von den Ersteren ist ein Teil bereits in den Ausstand getreten und damit ist ein Teil der Riesenstadt ohne Wasser und vielleicht auch bald in Dunkelheit gehüllt; so wird das Koalitionsrecht zum Koalitionsverbrechen an der Gesamtheit, wird die Wiederaufrichtung des völlig zusammengebrochenen Wirtschaftslebens zur Unmöglichkeit.

Sozialismus bedeutet Unterordnung der Wünsche des Einzelnen unter die Interessen der Gesamtheit.

Der Sozialismus sollte aus der kapitalistischen Lohnsklaverei die Arbeit zur höchsten freudigen Tätigkeit innerhalb der Gesellschaft machen. Er sollte uns die Arbeitspflicht, aber auch die Arbeitslust für alle bringen. Jetzt arbeitet hier aber niemand mehr. In diesem Tollhaus kann niemand arbeiten.

Wir hören noch, wie in der Berliner Chemigraphen-Versammlung der jetzige Berliner Polizei-Präsident Eichhorn, um dessen Person formell die augenblickliche wahnsinnige Tragödie zum Ausbruch kam, an der Hand geschichtlicher Studien leidenschaftlich für die Notwendigkeit der Landesverteidigung und damit für die Bewilligung der Kriegskredite eintrat. Wenige Monate später sprach er dann in einer Berliner Steindrucker-Versammlung über dasselbe Thema und enthüllte hier seine unerschütterliche Überzeugung von der Notwendigkeit, — die Kriegskredite abzulehnen. — Jetzt ist er ganz zu den Spartakisten übergeschwemmt, die ihr Heil nicht mehr im geistigen Kampf, sondern nur noch in der bloßen Gewalt suchen.

Was diese Leute, die Spartakusanhänger, wollen, sofern sie nicht als bloße Milläuer zum Janhagel oder zu den völlig Indifferenten und zu den unorganisierten gehören, die nur mitschreien, weil sie einstweilen mit der ihnen ganz überraschend gewordenen Freiheit durchaus nichts besseres anzufangen wissen, das hat mit den bis vor dem Kriege einmütig vertretenen Auffassungen und Forderungen der Sozialdemokratie nichts, aber auch rein gar nichts mehr zu tun. Bis zum Ausbruch des Krieges gab es in der deutschen Arbeiterschaft keine Gruppe, keine Partei, die ein so tolles Zeug als ihr Programm zu verfechten suchte.

Die Sozialdemokratie forderte das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht mit geheimer Stimmenabgabe für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen, ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Das ist jetzt im ganzen deutschen Reiche durchgeführt, mit Ausnahme der Kommunen, wo seine Durchführung nur noch eine Frage der Zeit ist.

Spartakus lehnt die Beteiligung an der Nationalversammlungswahl ab und droht sie mit Waffengewalt zu verhindern. Ja noch mehr, er fordert: »Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten« und stürzte in einer skandalösen Weise den zentralen Kongreß der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte, weil er Beschlüsse faßte, die nicht nach seinen Wünschen gingen.

Wir forderten einmütig: direkte Gesetzgebung durch das Volk. Auch das ist zugesichert, für Bayern bereits durchgeführt. Spartakus will das gesamte, nicht proletarische Volk von der Gesetzgebung ausschließen und hindert in der Praxis auch diejenigen an der Mitwirkung, die nicht unbedingt auf Spartakus schwören, selbst wenn sie Arbeiter sind.

Wir forderten Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Liebknecht und Radek fordern wild den Krieg gegen die Entente, nachdem man der Mehrheitspartei 4 Jahre lang in den höchsten Tönen der Entfistung Vorwürfe gemacht hat: »Sie unterstützten den Krieg«. Wer mag das begreifen?

Wir forderten einmütig, solange wir die unterdrückte Klasse waren: »Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und der Versammlung einschränken oder unterdrücken«; Spartakus führt allenthalben, wo er über genügend Waffen und fanatisierte Menschen verfügt, die Zensur wieder ein, beschlagnahmt Zeitungen aller Richtungen, verjagt die Redakteure, zerstört die Druckereien und Geschäftslöke und gibt in der primitivsten Weise Ersatzblätter heraus. Versammlungen werden gesprengt und verhindert, sodaß sich alle nichtsozialistische Welt entsetzt fragt: Ist das der sozialistische Zukunftsstaat? Gegen diese Herrschaft des Irrsinns ist die Eugen Richter'sche Zukunftsstaats-Schilderung ein Lobgesang auf die Arbeiterschaft.

Wir forderten Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Normalarbeitstages. Er ist bereits durchgeführt. Spartakus aber fordert 6 Stunden, später 4 Stunden. — Wir forderten Sicherstellung des Koalitionsrechtes, es war bereits durchgeführt; aber Spartakus erscheint mit Revolvern, mit Maschinengewehren und anderen geistigen Waffen und zwingt die Arbeiter gegen ihren Willen zur Arbeitsruhe und zum Feiern.

Uns scheinen diese Vorgänge nichts anderes als der geistige Zusammenbruch der Menschen, wie die furchtbaren Schläge der vergangenen Jahre, die grauenhaften wirtschaftlichen und Menschenverluste dieses Krieges und dieser Niederlage nicht mehr zu fassen vermögen. Wie eine geistige Seuche wütet der Bolschewismus in unseren wirtschaftlichen Eingeweiden.

Ein Trost nur, daß trotz allem unsinnigsten Radikalismus, der sich an der politischen Oberfläche austobt, die Grundlage der wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse, die Gewerkschaftsbewegung von Tag zu Tag weiterwächst. Wir schließen uns ganz dem Satz an, den vor einigen Tagen die unabhängige »Freiheit« in einem Artikel gegen die neue Spartakisten-Partei brachte: »Was soll dazu gesagt werden, daß Spartakus auch in der jetzigen ökonomischen Situation Deutschlands, in der das Wirtschaftsleben so darniederliegt, die Arbeiter aber über die größte Macht zur Durchsetzung ihrer Forderungen verfügen, nichts anderes zu tun weiß, als zu Streiks aufzurufen, die jetzt überflüssig geworden sind.«

Mögen alle, die sich noch frei fühlen, von dem augenblicklich herrschenden Fieberwahn, um so sicherer hinter der Gewerkschaft stehen. Möglich, daß nach diesem überraschenden heißen politischen Wirbelsturm, der gerade die am schärfsten erfaßt hat, die bisher einen politischen Dämmer Schlaf hielten, eine allgemeine Erschlaffung eintritt, wie sie nach der englischen Chartistenbewegung, 1848, eintrat. Dann würden die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter ihr letzter und stärkster Rückhalt werden.

Rundschau.

Mahnwort der Redaktion. An die Kollegen die jetzt, nach ihrer Rückkehr aus dem Militärdienst in dankenswerter Weise den Schriftführerposten übernommen haben, möchten wir die Bitte richten, für die Presse bestimmte Schriftsätze immer nur auf einer Seite des Blattes zu schreiben. Mit Bleistift, grüner oder gar roter Tinte geschriebene Manuskripte sind eine Qual für den Setzer. — Redaktionsschluss mußte seit langem, infolge der miserablen Postverbindung auf Sonnabend festgesetzt werden. Wir geben Berichte, sofern sie nicht gar zu lang sind, spätestens am Tage nach ihrem Eintreffen in die Druckerei, so daß sie in der nächstfolgenden Nummer erscheinen. — Kürzlich ging uns aber z. B. eine Beschwerde verschiedener Kollegen einer Zahlstelle zu, die eine Zeitung vergeblich auf den Bericht ihrer Zahlstelle gewartet hatten. In wenig höflicher Weise wandten sie sich gleich an die oberste Instanz, an den Redakteur, rüffelten ihn gehörig ab, ohne daß jedes Wort ihrer sicher gut gemeinten Ermahnungen in Knigges Umgang mit Menschen zu finden war. Unglücklicherweise lag die Schuld ausschließlich an dem Schriftführer resp an der Verwaltung, wo man den Bericht erst gehörig hatte lagern lassen. Eine bescheidene Anfrage an dieser Stelle hätte sofort Aufklärung verschafft. So aber — na, es war sicher gut gemeint und vor allem, es sah wenigstens mal — radikal aus.

Die letzte Vorstandskonferenz der deutschen Gewerkschaften, die am 14. November v. Js. stattfand, erklärte sich bereit, an einem internationalen Arbeiterkongress zu beteiligen, und wählte 10 Delegierte dazu. Am 7. Januar d. Js. ging nun von Branting aus Stockholm, bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ein Telegramm ein, daß zu einer internationalen Konferenz in Lausanne, spätestens am 21. Januar einladet. Die Vertreter der alliierten Staaten haben bereits zugesagt, sodaß jetzt wohl endlich die langersehnte Zusammenkunft der Arbeitervertreter aller bisher feindlichen Länder stattfinden kann.

Arbeitslose in Groß-Berlin. Wie die wirtschaftliche Demobilisierung berichtet, zählte man am 2. Januar 1919 in Berlin 105 441 arbeitslose Personen, trotzdem 13 größere Vorortsgemeinden keine Meldung eingesandt hatten. Die tatsächlich vorhandene Arbeitslosenzahl dürfte aber auch in Groß-Berlin noch bei weitem größer sein.

Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Industrie, Landwirtschaft und bei den Ungelernten. Während die Zahl der offenen Stellen in der Industrie und bei den Ungelernten sich in den Monaten Oktober, November und Dezember auf annähernd derselben Höhe hielt, wuchs in der Landwirtschaft die Zahl der offenen Stellen um 260 Prozent. Die Ziffern der Arbeitslosen zeigen in derselben Zeit eine weitaus stärkere Tendenz zu steigen als die offenen Stellen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg:

in der Industrie	um 750 Prozent
„ „ Landwirtschaft „	370 „
bei den Ungelernten	1950 „

Die offenen Stellen in der Landwirtschaft übersteigen im Monat Dezember die Arbeitslosen um 1150 Prozent, bei den Ungelernten um 18 Prozent. Allein in der Industrie bleibt die Zahl der offenen Stellen um 7 Prozent hinter der Zahl der Arbeitslosen zurück.

Die Reichsregierung hat im Einverständnis mit dem Vorschlag der Sozialisierungskommission den Redakteur Paul Umbreit, Berlin, zur Mitarbeit in diese Kommission berufen.

Eine Verordnung über Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer ist vom Staatssekretär des Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung erlassen. Danach sollen in Streitfällen zwischen gewerblichen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, soweit es sich um Zahl und Auswahl der in einem Betriebe einzustellenden Kriegsteilnehmer und der weiter zu beschäftigenden Arbeiter, sowie um die Festsetzung der Arbeitslöhne handelt, durch Schlichtungsausschüsse verhandelt und nötigenfalls durch Schiedsspruch eine Entscheidung herbeigeführt werden. Eine ähnliche Verordnung soll in nächster Zeit für die Angestellten erlassen werden.

Schlechtes Papier. Der Verband Deutscher Luxuspapierwarenfabrikanten erließ in der Papierzeitung nachstehende Redifertigung: »Die lange Dauer des Krieges und der dadurch herbeigeführte Rohstoffmangel macht es ungemein schwierig, gute Kartons und Papiere herzustellen. Die Luxuspapierfabrikation (Postkarten, Glückwunschkarten, Trauerkarten und Papierausstattung) leidet besonders schwer darunter. Die früher zur Fabrikation verwendeten guten Kartons und Papiere fehlen ganz, man muß sich mit sogenannter Kriegsware begnügen. Die Kundschaft vertritt die irrige Anschauung, der Fabrikant könnte besseres Fabrikat liefern; der Karton, das Papier, die er zur Fabrikation verwendet, könnten besser sein. — Die Abnehmer müssen sich in Geduld fassen und mit der Ware, die der Fabrikant bringt, vorlieb nehmen. Kommt das deutsche Wirtschaftsleben wieder in geordnete Bahnen, dann wird auch bald bessere Ware erzeugt werden. Auch die Preise werden kaum so schnell wieder sinken. Im Hinblick auf

die Weltwirtschaftslage hat man mit Erhöhung der Herstellungskosten, nirgends aber mit einer Verbilligung zu rechnen.

Aufrechterhaltung der Krankenversicherung bei Erwerbslosigkeit. Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung hat am 21. Dezember 1918 eine Änderung der Verordnung vom 13. November 1918 über Erwerbslosenfürsorge erlassen (vgl. Reichsanzeiger vom 24. Dezember 1918). Die neue Verordnung verpflichtet die Gemeinden, für Erwerbslose, die auf Grund der Reichsversicherungsordnung zur Fortführung oder Aufrechterhaltung der Krankenversicherung berechtigt sind, die weitere Versicherung in der bisherigen Mitgliederklasse oder Lohnstufe herbeizuführen. Sie haben zu diesem Zwecke die erforderlichen Meldungen zu bewirken und die vollen Beiträge für die Erwerbslosen zu zahlen. Versäumt dies die Gemeinde und gerät dadurch der Erwerbslose in Verlust der Krankenhilfe, so hat die Gemeinde ihm die gleichwertige Krankenhilfe zu gewähren. Von diesen Leistungen können nur die Beiträge als Kosten der Erwerbslosenfürsorge gegenüber Reich und Staat angerechnet werden.

Die Gesellschaft für soziale Reform geneckt ihre Mitglieder und Freunde zu einer Generalversammlung nach Berlin (Rheingold) am 29. und 30. Januar, in der Zeit zwischen dem Abschluß der Wahlen und dem Zusammentritt der Nationalversammlung, einzuladen. Die Tagesordnung wird etwa folgende Gegenstände umfassen:

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden.
2. Vortrag des Staatsministers Dr. Freiherrn v. Berlepsch über »Die Zukunft der Gesellschaft für Soziale Reform«.
3. Bericht über die Arbeiten des Unterausschusses für Arbeitsrecht zur Reform des Koalitionsrechts, erstattet von Dr. Ludwig Heyde, Stellvertreter des Generalsekretärs der Gesellschaft.
4. Aussprache über den Vortrag und den Bericht.
5. Neuregelung des Beitragswesens der Gesellschaft.
6. Vorträge von Dr. Hugo Heinemann und Gewerkschaftssekretär Josef Becker über die gesetzliche Regelung des Tarifvertrags. — Aussprache.
7. Schlußwort des Vorsitzenden.

Es handelt sich sonach um eine Tagung praktischer Arbeit; sie soll einerseits zur neuen Lage, auf die sich die Gesellschaft einzurichten hat, Stellung nehmen und in Verbindung mit der nachfolgenden Hauptausschusssitzung dringliche innere Angelegenheiten der Gesellschaft erledigen, andererseits aber diejenigen schwierigen Arbeitsgebiete tunlichst abschließend behandeln, auf denen die Gesellschaft in den letzten Jahren vornehmlich tätig gewesen ist. Da die Koalitionsgesetzgebung der neuen Regierung noch in den Anfängen steckt, in denen mit dem bloßen Hinwegräumen von Hindernissen eine erste Voraussetzung späteren Aufbaus geschaffen wird, ist es unvermindert wichtig, gerade jetzt die Forderungen erneut geltend zu machen, die für die positive Neugestaltung der Koalitionsgesetze zu erheben sind. Nicht minder aktuell sind die Tarifrechtsfragen; auch hier steht, trotz der Verordnung vom 23. Dezember, eine umfassende Gestaltung der Regierung beschuldigenden Aufgabe erst noch bevor, und es erscheint gerade den nächstbeteiligten Kreisen erwünscht, daß die Gesellschaft für Soziale Reform hierzu Stellung nimmt. Näheres ist beim Generalsekretariat (Berlin W. 30, Nollendorfsstr. 29/30) zu erfragen.

Demokratisierung der bayerischen Gewerbeinspektion. Die Gewerbeaufsicht in Bayern soll durch Anstellung von Gewerbeaufsichtsbeamten aus der Arbeiterschaft erweitert werden. Diese Beamten sollen das Recht erhalten, Betriebe ohne vorherige Anmeldung zu revidieren.

Verordnung über Wochenhilfe aus Reichsmitteln. Eine Verordnung des Reichsrats vom 21. Dezember 1918 bestimmt, daß auf Gewährung von Wochenhilfe aus Reichsmitteln Personen, die im Reiche Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste geleistet haben, auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienste Anspruch haben, wenn die Entbindung innerhalb 6 Wochen nach der Dienstentlassung stattfindet. Der Betrag des St. geldes wird von 50 auf 75 Pfg. erhöht. Die neue Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Der rote Verband. Aus München wird uns geschrieben: »Einem erst kurz in unserem Verbandsorganisierten Photographen-Kollegen, der zugleich Mitglied des kathol. Gesellenvereins ist, wurde vom Präses die Frage vorgelegt, ob er noch in einem anderen Verbandsorganisiert sei. Der Kollege wies sein Mitgliedebuch vor, worauf ihm der Herr Präses bedeutete, »das ist ein roter Verband, aus dem müssen Sie austreten.« Der Kollege erbat sich Bedenkzeit, es wurde ihm aber kurz erwidert, er habe sofort dort oder hier auszutreten. Der Kollege war aber von der Nützlichkeit des roten Verbandes bereits derart überzeugt, daß er dem kathol. Gesellenverein den Rücken kehrte.«

Warum wilde Bergarbeiterstreiks?

Aus dem Bureau des Bergarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

So fragen sich mit immer größerem Unmut alle Schichten der Bevölkerung, die durch die weisende Kohlennot immer mehr in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Bergarbeiterorganisationen sind doch von den Werksbesitzerorganisationen als Arbeitervertretungen anerkannt worden. Zwischen den Bergarbeiter- und Werksbesitzerorganisationen sind Vereinbarungen getroffen worden über Entlohnung, Schichtzeit usw. Alle Streitfragen, Wünsche und Beschwerden können auf dem Verhandlungswege zum Austrag gebracht werden. Sind da die wilden Bergarbeiterstreiks nicht ebenso töricht wie gemeinschädlich?

Unter einsichtigen Menschen besteht darüber keine Meinungsverschiedenheit. Bisher hat sich auch nur ein kleiner Teil der Bergarbeiter an den wilden Streiks beteiligt oder dazu aufgefordert. Und selbst von diesem Teil haben sich die meisten nur gefügt, weil sie nicht unsolidarisch handeln wollten oder sich dem geübten Zwang nicht entziehen konnten. Mindestens 95 Proz. der Bergarbeiter sind vertragstreu, das heißt sie fühlen sich an die zwischen den Bergarbeiter- und Werksorganisationen getroffenen Vereinbarungen gebunden. Selbst ein Werksbesitzerorgan, die Deutsche Bergwerkszeitung vom 1. Januar 1919 hat anerkannt:

»Der größte Teil der Bergarbeiter verwirft die augenblickliche Streikbewegung und würde gern die Arbeit aufnehmen; die Befürchtung aber, durch die Anhänger des Spartakusbundes mit Gewalt von der Arbeit abgehalten und womöglich in der persönlichen Sicherheit gefährdet zu werden, hält einen großen Teil der ordnungsliebenden und vernünftigen Bergarbeiter von der Einfachheit ab.«

Die »Bergwerkszeitung« stellt hier lediglich eine Tatsache fest, läßt aber die so naheliegende Frage offen: »Wie kommt es, daß die Anhänger des Spartakusbundes einen so verhängnisvollen Einfluß ausüben können?« Diese Frage läßt sich mit dem einen Satz beantworten: »Weil die Werksbesitzer bisher kein Vorbild der Vertragstreue waren, bis zur Revolution die gewerkschaftliche und politische Schulung mit allen Mitteln erschwerten und unterbanden und die Bergarbeiter nicht als gleichberechtigte Vertragskontrahenten, sondern lediglich als Untergebene behandelt haben.« So weil es ihnen möglich war, ließen die Werksbesitzer nur ihre Macht als Recht gelten. Das rächt sich jetzt.

Noch schlimmer aber erging es den fremden Arbeitern, welche von gut bezahlten Werbeagenten unter glänzenden Versprechungen aus aller Herren Länder herangelockt wurden.

Bei allen diesen gewerkschaftlich und politisch ungeschulten Arbeitern haben die Spartakisten aber jetzt leichtes Spiel. Ein Gefühl der Erbitterung über alles, was sie bisher ertragen haben, zitiert bei allen Bergarbeitern ohne Ausnahme nach. Alle fühlen sich auch jetzt noch schwer benachteiligt. Sie haben gesehen, wie die Werksbesitzer Kriegsgewinne einheimsten und sie dabei leer ausgingen. Jetzt soll das nachgeholt werden. Bei Arbeitern, die sich mehr von ihrem Gefühl, als von ihrem Verstande leiten lassen, muß das alles zu wilden Streiks treiben. Die Spartakisten brauchen da nur Öl ins Feuer zu gießen und alles sieht in lichter Flamme.

Durch die getroffenen Vereinbarungen kann natürlich nicht über Nacht gut gemacht werden. was in Jahrzehnten verdröben wurde. Niemand kann über seinen Schatten springen. Viele Grubenbeamten sind in dem alten Geist der Gewaltherrlichkeit förmlich erstarrt. Ein völlig neuer Geist muß da einziehen. Das ist schneller gesagt wie getan. Das alte System, welches ganz auf die einseitige Macht der Werksbesitzer eingestellt war, läßt sich nicht so plötzlich und reibungslos umstellen. Es wird noch großer Anstrengungen bedürfen, bis die Gleichberechtigung der Arbeiter bis zum letzten Ortsstoß durchgesetzt und gewährleistet ist.

Das alles wissen die gewerkschaftlich und politisch geschulten Arbeiter aber die anderen wissen es nicht. Diese anderen lassen sich durch alle Hemmungen und Reibungen gleich aus dem seelischen Gleichgewicht bringen. Ohne erst die Verhandlungswege zu gehen, greifen sie gleich zum äußersten Mittel, zum Streik und zwingen auch die Einsichtigen, sich anzuschließen. Wo es zu wilden Streiks kommt, sind die Einsichtigen überall in der Minderheit.

Das alles erklärt, aber redifertigt die wilden Bergarbeiterstreiks nicht. Der Streik ist doch nicht Selbstzweck, sondern lediglich Mittel zum Zweck, das erst dann angewandt werden soll, wenn eine friedliche Verständigung nicht zu erreichen ist. Die Bergarbeiter aber können jetzt alle Streitfragen und Wünsche und Beschwerden auf dem Verhandlungswege eventl. durch ihre Organisationen zum Austrag bringen. Daher können die wilden Bergarbeiterstreiks nicht schwer genug verurteilt werden. — Es wird dadurch aber auch für die Bergarbeiter selbst nichts erreicht. An den getroffenen Vereinbarungen muß festgehalten werden. Wer keine Vertragstreue hält, kann auch keine solche beanspruchen. Jetzt kommt es darauf an, die Masse der Wirtschaftsgüter zu steigern, weil im gleichen

Maße die Preise sinken und die Kaufkraft des Geldes sich hebt. Durch die wilden Streiks wird aber das Gegenteil erreicht. Dadurch werden alle Errungenschaften der Revolution in Frage gestellt und unsere Volkswirtschaftsleben unterbunden. Wer sich daran beteiligt oder dazu auffordert, besorgt die Geschäfte der schlimmsten Arbeiter- und Volksfeinde!

Revolution und Gewerkschaften.

In einem »Rückblick auf das Jahr 1918« bringt das »Correspondenzblatt« auch eine Betrachtung über die Stellung der Gewerkschaften nach der Revolution, die wir auch unsern Kollegen zur Beachtung empfehlen:

»Die deutschen Gewerkschaften wurden durch den Verlauf der Revolution etwas in den Hintergrund gedrängt. Das mag für die Revolution selbst im höchsten Grade nachteilig gewesen sein, insofern diese der organisatorisch geschulten Kräfte beraubt wurde. Für die Gewerkschaften selbst war es kein Nachteil, denn sie blieben dadurch von dem leidenschaftlichen Zersetzungsreißversenkt, der in allen politischen Lagern entbrannt ist, und konnten sich um so mehr ihren wirtschaftlichen Aufgaben widmen, die allerdings durch eine unverantwortliche Streikwut sehr erschwert wurde. In einer Zeit, wo durch geordnetes Vorgehen alles zu erreichen war, wurden Streiks inszeniert mit Forderungen, die die Weiterführung der Betriebe geradezu in Frage stellen mußten, und ihre Durchsetzung hat das Wirtschaftsleben enorm geschädigt, in einer Situation, wo alles auf die geregelte Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens ankam. Die Gewerkschaften würden ein solches Mißtrauensvotum, wie es das selbständige Vorgehen der Betriebsbelegschaften darstellt, verdienen, wenn sie ihre Zeit nicht begriffen, sondern der großen Umgestaltung gegenüber untätig zusehen hätten. Wie wenig sie dieser Vorwurf treffen kann, beweist der große Zentralvertrag, den die Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden abgeschlossen haben. Dieser Vertrag sichert die Durchführung der Übergangswirtschaft, die eine Lebensfrage für das ganze deutsche Volk ist, durch eine Zentralarbeitsgemeinschaft aller Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände auf völlig paritätischer Grundlage, mit Arbeitsgemeinschaften in den einzelnen Industrien, Branchen und Bezirken. Und er beruht auf einer Ordnung der Arbeitsverhältnisse, die die kühnsten Erwartungen der organisierten Arbeiterschaft erfüllt. Anerkennung des Koalitionsrechts und der Gewerkschaften, Beseitigung der gelben Organisationen, Einführung von Tarifverträgen in allen Berufen, Einsetzung von Arbeiterausschüssen und Schlichtungsinstanzen, paritätische Regelung des Arbeitsnachweises, Einführung des Achtstundentages, Anerkennung des Rechtes auf Arbeit für alle Kriegsteilnehmer, — alles Forderungen, für die seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten gekämpft wurde, sind schon vor der Revolution auf der ganzen Linie durchgesetzt und vertragsmäßig festgelegt worden. Unzählige Reibungen und Widersände, die nach dem Kriege befürchtet werden mußten, sind durch dieses Abkommen glatt hinweggeräumt und der Arbeiterklasse eine Periode ruhiger Erholung nach den erschöpfenden Kriegsjahren gesichert. Und wenn auch die revolutionäre Gesetzgebung manches von diesen Vereinbarungen durch Dekret ergänzt hat, so darf doch die wirtschaftliche Durchführung solcher Gesetze durch die Gewerkschaften nicht unterschätzt werden. Die Gewerkschaften haben der Revolution wacker vorgearbeitet, und sie haben deren wirtschaftliche Errungenschaften sicher gestellt, ohne das gesamte Wirtschaftsleben zu gefährden. —

Eine Kundgebung der preussischen Regierung zu den Lohnbewegungen.

Am 2. Januar d. J. ersuchten die Fachminister in den ihnen unterstellten Betrieben des Staates Lohnforderungen zwar mit aller Würdigung der jetzigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft, aber auch sorgfältig daraufhin zu prüfen, ob nicht durch die Bewilligung in die Frage kommenden Betrieben Lasten auferlegt werden, die sie nicht ertragen können, ohne zu erliegen und die somit die gesamte Finanzgebarung des Staates gefährden. In diesem Falle seien die Forderungen zurückzuweisen. Obwohl sich diese Kundgebung, die von sämtlichen preussischen Ministern, auch den damals noch im Amt befindlichen Unabhängigen unterzeichnet ist, nur an die Leiter der Großbetriebe richtet, hat sie doch eine große Bedeutung für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Denn was für die Staatsbetriebe gilt, trifft in weitaus höherem Maße auf das private Erwerbsleben zu, das durch übertriebene Lohnforderungen zum Erliegen kommen muß. So sehr der Arbeiterschaft in diesen schweren Zeiten auskömmliche Löhne zuerkannt werden müssen, so darf doch die allgemeine Wirtschaftslage nicht außer Betracht gelassen werden. Keine Macht der Erde kann eine Prosperität der Betriebe durch Gewaltanwendung erzwingen. Die Staatsgewalt kann den einzelnen Unternehmer zwar nötigen, den Betrieb auch widerwillig fortzuführen, aber sie kann ihn nicht zwingen, mit Unternehmungslust und Gewinn zu wirtschaften.

Und wenn der Zusammenbruch vor der Tür steht, kann das Unternehmen vielleicht durch eine Liquidationskommission aufrecht erhalten werden, aber auch diese ist oft außerstande, dauernd hohe Löhne herauszuwirtschaften, wenn das ganze Wirtschaftsleben, wie in den letzten 3 Wochen fortgesetzt beunruhigt wird. Es war ein verhängnisvoller Fehler, die politische Revolution in eine große Lohnbewegung ausmünden zu lassen und zugleich die Gewerkschaften aus dieser Lohnbewegung auszuschalten. Die Gewerkschaften würden dafür Sorge getragen haben, daß die Arbeiterforderungen mit der Wirtschaftslage zu vereinbaren waren. Für vieles, was in der letzten Zeit gewisse Arbeitergruppen an Forderungen durchgesetzt haben, können die Gewerkschaften allerdings keine Verantwortung übernehmen, ebenso wenig für die in Begleitung solcher Lohnbewegungen auftretenden Gewalttätigkeiten. Es ist dringend zu wünschen, daß die Kundgebung der preussischen Minister, der sich selbst die Herren Ströbel, Adolf Hoffmann und Dr. Rosenfeld angeschlossen haben, in allen Kreisen, vor allem auch in denen der Arbeiterschaft selbst ihren Eindruck nicht verfehlt, und daß überall das Verantwortlichkeitsgefühl in wirtschaftlichen Fragen zurückkehrt, ohne daß unsere Volkswirtschaft dem Ruin entgegengeführt würde.

Eine andere Lesart.

Entgegen den frühen Schilderungen über die Aussichten unserer Lebensmittelversorgung, legt in der »Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure« W. Kaemmerer dar, daß die Aussichten auf eine Verbesserung der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung aus heimischen Quellen durch den Eintritt des Friedens für Deutschlands Bevölkerung bereits in kurzer Zeit erheblich gebessert werden, wenn es gelingt, die Transportfrage im Lande weiter in geordneten Bahnen zu halten.

Vielleicht wird außer acht gelassen, daß wir eine gewaltige Menge von Stoffen im Lande haben, die nur für die Zwecke der Kriegführung dienen sollten, und die mit dem Einstellen der Feindseligkeiten zur Verfügung stehen. An Lebensmitteln ist hier in erster Linie der Zucker zu nennen, der in weitgehendem Maße zur Herstellung von Azeton usw. benutzt wurde. In Friedenszeiten, wo große Mengen von Zucker von Deutschland ausgeführt wurden, betrug die deutsche Rübenzuckererzeugung rund 26 Millionen Tonnen (1914/15) gegenüber 16 Millionen Tonnen im letzten Kriegsjahr 1917/18, wo so gut wie keine Ausfuhr stattfand, dagegen sogar eine geringe Menge eingeführt wurde. Es würden daher beim Friedensschluß oder mit der Einstellung der Feindseligkeiten sofort ungefähr dieselben Zuckermengen der Zivilbevölkerung zur Verfügung stehen, wie zu Friedenszeiten, was bereits eine erhebliche Verbesserung der heutigen Lebenshaltung bedeuten würde.

Ähnliches gilt von verschiedenen industriellen Stoffen. Benzin, Benzol, Terpentin, Glycerin, Schmier- und Brennöle, Zement, Baustoffe, Teer usw. scheiden in Mengen aus dem Heeresbedarf aus, ja selbst Eisen und wohl auch zu einem gewissen Grade Kohlen stehen zur Verfügung. Bei der Kohle wird wesentlich die Ruhe der Kriegsflotte ins Gewicht fallen, ein Einfluß, der auch nicht durch etwaiges Einstellen der in deutschen Häfen verbliebenen Handelsflotte ausgeglichen wird. Auch ergibt sich eine Kohlenersparnis, sobald die vielen in den besetzten Gebieten betriebenen Eisenbahnen fortfallen, wogegen sich diese Bahnen zum Teil, z. B. in Belgien, aus feindlichen Kohlengruben versorgen.

Seide war noch bis in die letzte Zeit in großen Mengen in Deutschland vorhanden (zum Teil aus dem eroberten Friaul) und wurde in erster Linie für Kartuschbeutel und Flugzeug- sowie Ballonfallschirme und für Ballonhüllen benutzt. Diese Fabrikation kann sofort eingestellt und die aufgestapelten Stoffe der Bevölkerung überwiesen werden.

Die Möglichkeit, mehr Kartoffeln zur Verfügung zu stellen, indem man die Alkoholerzeugung daraus völlig einstellt und den nötigen Spiritus aus Kalziumkarbid erzeugt, dürfte bereits allgemeiner bekannt sein.

Ganz wesentlich werden sich die Verhältnisse natürlich noch bessern, sobald erst wieder mehr Arbeitskräfte und gar erst Frachtraum zur Verfügung stehen wird. In Australien (die derzeitigen australischen Vorräte an Getreide betragen allein 6 Millionen Tonnen) und Südamerika lagern große Getreidemengen, Brasilien hat Kaffee und Kakao aufgestapelt, in Kuba und Java liegen Zucker und Kopranüsse (zur Fettbereitung) in großen Mengen bereit, dergleichen — ein Trost für viele — Tabak namentlich in Niederländisch-Indien. Auch die jetzt sofort mögliche Erweiterung der Seefischerei wird den Lebensmittelmarkt sehr bereichern.

Die Zukunft darf demnach mit Rücksicht auf die Versorgungsmöglichkeiten nicht gar so dunkel beurteilt werden, wie es vielfach geschehen ist. Die Hauptsache ist, daß die Möglichkeit der Erzeugung und Einfuhr nicht durch kurzfristige innere und äußere Politik gehindert werde.

Allgemeines.

Deutschlands Neuaufbau.

Nach langem Ringen ist endlich die Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung auf den 19. Januar festgesetzt. Mit heißem Bemühen ringen insbesondere die bürgerlichen Parteien um die Stimmen der neu zum Wahlrecht zugelassen Frauen und Jugendlichen, gegen deren Zulassung sie alle restlos bis zum Tage der Revolution erbittert gekämpft hatten. Auf Grund einer sozialdemokratischen Programmformulierung ist dieses neue Recht geworden; das dürfte auch für die Entscheidung dieser Schichten ausschlaggebend sein. Wenn diese Zeilen in die Hände unserer Leser gelangt sein werden, dann wird die Hauptschlacht, die Wahl zur Nationalversammlung, bereits geschlagen sein. Es wird sich dabei zeigen, ob die deutsche Arbeiterschaft, die mit Einschuß aller proletarisch lebenden Schichten der Beamtenschaft die überwiegende Mehrheit des Volkes stellt, wirklich den Geist der Zeit begriffen hat. Trifft sie wieder in mitchelhafter Vertrauensseligkeit ihre Entscheidung für die neuformierten, in Wahrheit aber alten bürgerlichen Parteien, dann werden wichtige, durch die Revolution errungene Rechte recht bald den Arbeitern wieder verloren gehen. Wie dann das Wahlrecht zu den gesetzgebenden Versammlungen gestaltet werden wird, läßt sich leicht aus früheren Erfahrungen ahnen. Gefährlicher würde die Sache aber mit den Arbeiterrechten werden. Das Bürgertum ist wild empört über die Rechte, die die neue Regierung den Arbeitern und den Beamten gegeben hat. So über den Achtstundentag, über die völlige Vereins- und Versammlungsfreiheit, über das Koalitionsrecht und zum großen Teil auch über die Preßfreiheit. Noch wagt sich der Grimm nicht überall hervor, nach einem gegen die Sozialdemokratie gerichteten Wahlausfall dürften wir bald andere Töne zu hören bekommen.

Es steht für uns außer allem Zweifel, daß ein Kollege, der mit ganzem Herzen bei seiner Gewerkschaft ist, nicht anders als sozialdemokratisch wählen kann. Das haben wir an theoretischen und praktischen Problemen wieder und wieder nachgewiesen.

Wir haben dabei keinen Zweifel gelassen, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nie und nimmer ihre politische Vertretung in einer bürgerlichen Partei finden können, weil diese samt und sonders kapitalistische Parteien sind. So weit wir auch in politischen Fragen mit Freisinnigen, der heutigen deutsch-demokratischen Volkspartei, zusammengehen können, in allen rein sozialpolitischen Fragen, in allen gewerkschaftlichen Angelegenheiten werden sie energisch von uns abdrücken. Daß wir jene überradikale, kommunistisch, spartakistisch, anarchoistische Richtung, die nur zerstören aber nicht aufbauen kann, entschieden ablehnen, haben wir zur Genüge dargelegt.

In den nächsten Wochen werden wieder sehr wichtige Wahlen stattfinden. In erster Linie für die Landtage und dann hoffentlich recht bald hinterher für die Stadt- und Kommunalverwaltungen. Auch dabei stehen überall wichtige Arbeiterinteressen auf dem Spiel. Hier, wo bisher die Arbeiterschaft so gut wie nichts zu sagen hatte, wo reine Geldsacksinteressen den Ausschlag gaben, wie auch die Größe des Geldsacks für den Ausfall der Wahl den Ausschlag gab, hier wird geradezu der wichtigste Aufbau des neuen Deutschlands von unten herauf erfolgen müssen. Es gilt durch eine glänzende Beteiligung der Arbeiter an all diesen Wahlen die letzten Spuren der alten junkerlichen Verwaltungsbürokratie hinwegzufegen. Es gilt aber auch den verderblichen Einfluß der kapitalistischen Geldherrschaft im Landtag und Kommunalverwaltungen zu brechen. Es gilt der Arbeiterschaft zum ersten Male in diesen Körperschaften den Einfluß zu sichern, den sie auf Grund ihrer Zahl, ihrer technischen und geistigen Bildung verdient hat. Das kann aber nur durch den sozialdemokratischen Stimmzettel geschehen.

Ortsberichte.

Nürnberg. Am Sonntag, den 22. Dezember nahm die hiesige Kollegenschaft einen Vortrag des Kollegen *Billmann* entgegen über: Unsere berufliche Lage und die Arbeitsbedingungen. Er schilderte, wie trostlos unser Gewerbe vor und während dem Kriege dandiederlag und wie jämmerlich die Einkommen der Kollegen bei den teureren Lebensverhältnissen blieben. Er besprach dann weiterhin den in Aussicht stehenden neuen Tarif für das Steindruckgewerbe. Scharf rügte er das Verhalten einiger hiesiger Unternehmer, die es immer wieder versuchten, Abmachungen oder Erfolge der Kollegen illusorisch zu machen. Er verwies dabei auf die Erlasse des General-Komm. über die 45 stündige Arbeitszeit. Hier und bei früheren Gelegenheiten hätten die Unternehmer es verstanden, alles nach ihrem Sinn auszulegen zum Schaden der Gehilfenschaft. Er könne sich daher nach den bitteren früheren Erfahrungen nicht eines starken Mißtrauens erwehren. Er müsse die Zuverlässigkeit der Unternehmer in bezug auf die Einhaltung des Tarifs

nicht bezweifeln. Redner legt daher der Versammlung folgende Resolution vor, die nach einer längeren, im allgemeinen zustimmenden Debatte einstimmig angenommen wurde:

Die am 22. Dezember 1918 stattgehabene erste Friedensversammlung der Mitgliedschaft Nürnberg nahm unter anderem auch Stellung zum Tarif im Lithographie- und Steindruckgewerbe Deutschlands. Sie erklärt, daß sie heute nach 16 Jahren noch den gleichen Standpunkt in dieser Frage vertritt, wie 1901 die Delegierten ihres Berufes auf der G.-V. in Halle a. Saale. Zurückblickend auf die Kampfesjahre seit 1904 in unserem Berufe, die nur durch den Krieg eine Unterbrechung erfuhren, nimmt sie mit größter Befriedigung von der Tatsache Kenntnis, daß die Unternehmer im deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe ihre über alle Maßen hartnäckigen Standpunkt geändert haben.

Sie bekunden den ersten Willen am Aufbau unseres Gewerbes mitzuarbeiten, das leider infolge der schweren, durch den Willen der Unternehmer herbeigeführten Kämpfe geschwächt und zerstört wurde und das durch den unglücklichen Krieg den letzten Hieb bekam. Sie sehen sich aber auf Grund ihrer Erfahrungen veranlaßt, ihre Bedenken offen zu äußern. Die Auslegung der Vereinbarungen 1906 und 1911 bis 1912 erfuhren seitens unserer Kontrahenten nicht immer die einwandfreie und gerechte Behandlung die beide Teile befriedigen konnte, sondern sie wurden zum größten Teil zugunsten der Unternehmer behandelt, so daß letzten Endes die getroffenen Vereinbarungen nur noch Wert für die Unternehmer hatten, die sie denn auch ganz ungeniert jeweils ihren Bedürfnissen anpaßten.

Wir fordern daher unsere berufenen Vertreter auf, den Wortlaut des abzuschließenden Tarifes so zu fassen, daß einseitige Ansichten, sowie sophistische und dialektische Deuteleien unmöglich sind. Anderenfalls sind wir nicht gewillt Abmachungen, die sich für die Gehilfenschaft als wirtschaftliche Zwangsjacken herausstellen, bis an das vertragliche Ende Gefolgschaft zu leisten.

Ledige Gehilfen, die alleinige Vater- oder Muttererwärter sind und mit diesen einen gemeinsamen Haushalt führen, erhalten den Zuschlag wie Verheiratete.

Bei Ein- und Austritt oder bei Krankheit mitten im Monat sind die Teuerungszulagen anteilig zu zahlen.

Bei Leistung von Überstunden, Sonntags- und Feiertagsarbeit erhöhen sich die im § 3 des Tarifs angeführten Entschädigungssätze um 50 Prozent.

Für nicht rechtzeitig angesagte mehr als einständige Überzeitarbeit sind bei deutscher Arbeitszeit 38 Pf. und bei durchgehender 75 Pf. zu zahlen.

Wird die Arbeitszeit durch Überstunden auf über 10 Stunden am Tage erhöht, tritt für die darüber hinausliegenden Stunden eine Erhöhung dieser Sätze um 8 Pf. pro Stunde ein.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraven und Kupferdrucker, Berlin SW. 48, Friedrichstraße 239.

Berlin, den 28. Dezember 1918.

Albert Frisch, Prinzipalsvorsitzender. Albert Hehr, Gehilfenvorsitzender. Richard Köhler, Geschäftsführer.

Photogr. Mitarbeiter.

Der erste Kollektiv-Abschluß im Photographengewerbe.

Am 4. Januar a. c. kamen die Verhandlungen zwischen der Photographen-Gruppe des Verbandes der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe, mit dem Verbands der Photographischen Kunst-Druck-Industrie, eingetragener Verein zu Berlin, zum Abschluß. Es wurde folgendes vereinbart:

Auf die Dauer von 13 Wochen wird, beginnend mit der am 3. Januar ablaufenden Lohnwoche, für die in den Betrieben der Berliner Mitglieder des Verbandes der Photographischen Kunst-Druck-Industrie beschäftigten Gehilfen, bzw. Hilfsarbeiter, (soweit das Hilfspersonal in der Arbeit bis zum Roller beschäftigt ist) folgende außerordentliche Zulage bewilligt:

- a) Für gelehrtes Personal:
 - 1. für Gehilfen und zwar für Retuscheure, Lithographen in der photographischen Abteilung, Aufspanner, Ausgleicher, Belichter, Entwicklungsmeister, Roller an der Entwicklungsmaschine, (sofern die Roller oder Belichter mindestens 2 Jahre in dieser Tätigkeit beschäftigt sind), Tonmeister, Gießmeister, Atelier-Photographen, Kopierer und Laboranten bei einem Wochenlohn bis 55 Mk. 15 Mk.
 - „ „ „ von 56—60 Mk. 12 „
 - „ „ „ aber nicht unter 70 „ 9 „
 - bei einem Wochenlohn von 61—70 „ 9 „
 - „ „ „ aber nicht unter 72 „ 6 „
 - bei einem Wochenlohn über 70 „ 6 „
 - „ „ „ aber nicht unter 79 „ 6 „
- 2. Für das weibliche Personal, welches dieselbe Tätigkeit wie unter 1. ausübt:
 - bei einem Wochenlohn bis 37 Mk. 10 Mk.
 - „ „ „ von 38—40 Mk. 8 „
 - „ „ „ aber nicht unter 47 „ 6 „
 - bei einem Wochenlohn von 41—46 „ 6 „
 - „ „ „ aber nicht unter 48 „ 4 „
 - bei einem Wochenlohn über 46 „ 4 „
 - „ „ „ aber nicht unter 52 „ 4 „

- b) Für Hilfsarbeiter:
 - 1. Männliche Personen:
 - a) Erwachsene
 - bei einem Wochenlohn bis 40 Mk. 7 Mk.
 - „ „ „ von über 40 Mk. 5 „
 - „ „ „ aber nicht unter 47 „ 4 „
 - b) Jugendliche (unter 18 Jahren) 4 „
 - 2. Weibliche Personen:
 - a) Erwachsene
 - bei einem Wochenlohn bis 27 Mk. 6 Mk.
 - „ „ „ von über 27 Mk. 4 „
 - „ „ „ aber nicht unter 33 „ 3 „
 - b) Jugendliche (unter 18 Jahren) 3 „
- Die Zulagen sind nicht Lohnerhöhung, sondern werden als besondere Zulagen bezahlt und verdednet.
- Gehilfen, deren Lohnverhältnisse mit Wirkung vom 1. Januar 1919 geregelt sind, erhalten die vorerwähnten Zulagen nicht.

Gehilfen, die ab 1. Januar 1919 neu eintreten, erhalten Zulagen nur soweit, als sie erforderlich sind, um den Lohn des Gehilfen auf den Durchschnittslohn seiner Sparte in dem Beschäftigung gebenden Unternehmen zu bringen.

Bei neu eintretenden Gehilfen gilt ein entsprechender Teil des Lohnes als die vorerwähnte außerordentliche Zulage.

Die Auszahlung des Lohnes erfolgt auch in den Betrieben, in denen dies bisher noch nicht geschehen ist, in Zukunft wöchentlich. Jedoch wird zur Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung eine Übergangszeit gewährt bis zum 31. März 1919.

Die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer erfolgt zum Durchschnittssatz des im einstellenden Betriebe für die betreffende Arbeitnehmerklasse gezahlten Lohnes.

Außerdem wurde in den Verhandlungen ausdrücklich festgesetzt, daß die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer nach denselben wie im Steindruckgewerbe vereinbarten Bedingungen vor sich gehen soll, d. h. die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer erfolgt nach folgenden Grundsätzen:

- a) Jeder arbeitsfähige und arbeitsbereite Gehilfe der vor Beginn des Krieges bis zu seiner Einziehung zum militärischen Dienst nicht nur vorübergehend oder aushilfsweise in einer Firma beschäftigt war, wird wieder an seinen alten Arbeitsplatz eingestellt.
- b) Um für die Zeit der Demobilisation und der Umstellung der Betriebe in die Friedens-Produktion eine das Allgemeinwohl schädigende Arbeitslosigkeit im Gewerbe zu verhindern, tritt für alle Gehilfen, die in einer Firma nicht voll beschäftigt werden können, eine gleichmäßige Verkürzung der Arbeitszeit ein.
- Die Verpflichtung des Arbeitgebers zur Entschädigung an den Arbeiter für den aus der Arbeitszeitverkürzung auf weniger als 8 Stunden entstehenden Lohnausfall besteht vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung nicht, da in solchen Fällen die staatliche Erwerbslosenfürsorge eintritt.
- c) Im Interesse einer ruhigen Durchführung der Übergangswirtschaft werden die Funktionäre des Verbandes der Lithographen und Steindrucker bei der Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer in erster Linie berücksichtigt.

Ferner hat sich der Verband bereit erklärt, für die Differenz, die bei ausfallender Arbeitszeit entsteht, und soweit sie nicht durch die Erwerbslosenfürsorge entschädigt wird, an die von der Erwerbslosenunterstützung betroffenen die Hälfte zu bezahlen, an die, welche keine Erwerbslosenunterstützung beziehen können, 1/3 der Differenz. Es war schwierig, bei der Vielseitigkeit der in Betracht kommenden Arbeiter-Kategorie, eine Regelung herbeizuführen, aber mit gutem Willen ging auch dies und es zeigt sich hierbei, daß auch in unserem Berufe eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse möglich ist, wenn sich bei den Unternehmern das notwendige Verständnis zeigt, oder wenn die Unternehmer durch die geschlossene Organisation zu Verhandlungen gezwungen sind. Die Zentralkommission der Photographen Deutschlands. I. A.: Wilhelm Hänlein.

Feuilleton.

Vom Büchertisch.

Gesetze und Verordnungen der sozialistischen Republik. Unter diesem Titel ist sieben ein Leitfaden durch die wichtigsten Verordnungen und Gesetzesbestimmungen, die während der Revolution von Behörden der neuen Volkrepublik erlassen worden sind, erschienen. Diese Sammlung ermöglicht jedem eine schnelle Orientierung in die zahlreich erlassenen Bestimmungen über Entlassung und Verpflegung der bisher Heerespflichtigen, über die rechtliche Stellung, die Aufgaben und Befugnisse der Arbeiter-, Soldaten-, Betriebs- und Bauernräte und den Wahlvorschriften für diese, sowie über die vielen Verordnungen, die sich auf das Wirtschafts- und Erwerbsleben beziehen. Preis 1 Mk.

Das Wahlgesetz zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Preis 30 Pf. Beide Schriften sind im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienen.

Die photomech. Fächer.

An die Mitglieder der Tarifgemeinschaft für Deutschlands Chemigraven und Kupferdrucker.

Die nachfolgende Bekanntmachung des Tarifamtes ist am 30. Dezember 1918 per *Edirbrief* an die Druckerei gesandt worden. Sie hätte also bereits in der Nr. 1 vom 4. Januar d. Js. zum Abdruck kommen müssen. Leider ist das Manuskript bisher noch nicht eingetroffen. Wir konnten daher erst heute das Versäumte nachholen und bitten diese unangenehme Verspätung mit den miserablen Postverhältnissen zu entschuldigen. Die Redaktion.

Das Tarifamt hat in seiner Sitzung am 27. Dezember 1918 erneut die Anträge der Gehilfenschaft auf eine weitere Erhöhung der Teuerungszulagen verhandelt und beschlossen, daß an Stelle der am 15. Juli beschlossenen Erhöhung der wöchentlichen Teuerungszulage um weitere Mk. 5,— ab 3. Januar 1919, alle tariffreien Anstalten folgende Teuerungszulage zu zahlen verpflichtet sind:

Bel Grundlohn in der Woche		Teuerungszulage in der Woche
bis 60,— Mk.	über 60,—	12,— Mk. 10,—

Die Anträge der Kupferdrucker sind dem Fachausschuß der Kupferdrucker zur Beratung überwiesen.

Vorstehende Teuerungszulage ist erstmalig zahlbar am Freitag, den 3. Januar 1919, Endtermin ist der 1. April 1919!

Die bisherige wöchentliche Teuerungszulage von Mk. 7,50, die monatlichen Teuerungszulagen und die Erhöhungen der Überstundenzuläge, die nachstehend erneut in Erinnerung gebracht werden, bleiben bestehen:

Lohn in der Woche	Teuerungszulage für Verheiratete	Teuerungszulage im Monat für Ledige
bis Mk. 40,—	40,— Mk.	30,— Mk.
„ „ 50,—	38,— „	28,50 „
über „ 50,—	36,— „	27,— „

Verheiratete Gehilfen erhalten für jedes Kind unter 14 Jahren 3,— Mk. monatlich.

Schule Reimann
Private Kunst- und Gewerbeschule
Unterrichtsfächer: Malerei — Plastik — Raumkunst — Dekorationsmalerei — Buchgewerbe — Graphik — Plakat — Reklame — Illustration usw.
Lehrkräfte: 20 erste Künstler.
Höhere Fachschule für Dekorationskunst
Begründet vom Deutschen Werkbund und dem Verband Berliner Spezialgeschäfte.
Farbe und Form, Monatshefte der Schule Reimann, Bezugspreis M 4,— jährlich.
20-seitiger Prospekt der Unterrichtsanstalten M 0,50 durch die Verwaltung.
Berlin W 30, Landshuterstraße 38.

„Betromit“ Schnelltrockenmittel, „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamsten Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.
„Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum präparieren von Lithographensteinen, Zink und Aluminiumplatten.
„Enoldin“ — Druckpaste — speziell für schlecht zu verarbeitende Farben u. Papiere.
„Enol“ — Drucktinte — sehr geeignet für Bronzedruck.
„Goljad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich.
empfehlen
H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

Roulett, Fadenstichel Fräser u.s.w. in bester Ausführung fertigt an Carl Neumann, vormals G. König Berlin SO, Naunynstraße 69.
Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung
Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule Barmen
Fachliteratur.
Conrad Müller, Scheuditz.